

Acht Vorschläge zur Entlastung der Wirtschaft

Trumps Zölle setzen die Exportfirmen unter Druck – Bundesrat und Parlament können mehr für die betroffenen Unternehmen tun

PETER A. FISCHER

Ob bei den absurd hohen Zöllen oder bei der Beschaffung des Kampfflugzeugs F-35: Zu welchen Bedingungen die USA mit sich geschäften lassen, bestimmt Washington. Sicher ist, dass es unter Donald Trump für die Schweiz teurer wird. Das setzt die exportorientierte Wirtschaft und damit den Wohlstand des Landes unter Druck. Umso wichtiger ist es jetzt, die von den USA und vom generellen Trend zu mehr Protektionismus ausgehenden Nachteile aus eigener Kraft zu kompensieren.

Der Bundesrat hat am Mittwoch eine erste Aussprache geführt und über Vorschläge beraten. Das Staatssekretariat für Wirtschaft hat bereits vor einem Jahr eine

Stärkung des Standorts ist nicht in Mode

Kommentar auf Seite 19

wirtschaftspolitische Agenda publiziert. Diese will der Bundesrat vorantreiben und sich dabei vor allem auf administrative Entlastungen konzentrieren, wie er in einer Mitteilung schreibt. Das ist ehrenwert, aber nicht genug. Der Verband der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie hat ein Zehn-Punkte-Programm veröffentlicht, und die liberale Denkfabrik Avenir Suisse listet fünfzehn Punkte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf, die die Schweiz über die nächsten zwölf Monate realisieren könnte.

Wichtig ist, dass die Massnahmen nicht Strukturen am Leben erhalten, die durch globale Veränderungen überholt sind. Und dass keine staatliche Industriepolitik betrieben wird, die Subventionsgelder in Projekte fließen lässt, die sich wirtschaftlich nie lohnen. Im Folgenden acht ordnungspolitisch unbedenkliche Ansätze.

■ **Zugang zu anderen Märkten erleichtern.** Das Freihandelsabkommen mit Indien tritt demnächst in Kraft, jenes mit dem Mercosur soll im September unterschrieben werden. Nun gilt es, die Abkommen mit Thailand und Malaysia sowie dem Mercosur genauso schnell durch das Parlament zu bringen wie jenes mit Indien. Zudem sollte die Schweiz die Gelegenheit ergreifen, die Freihandelsabkommen mit China und Japan zu modernisieren. Und auch der Austausch mit den von den USA ebenfalls stark unter Druck gesetzten Ländern Mexiko und Kanada sollte vertieft werden. Das mit Grossbritannien verhandelte umfas-



Im Bundeshaus in Bern haben es Politiker in der Hand, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

PETER KLAUNZER / KEystone

sendere Freihandelsabkommen gilt es rasch abzuschliessen. Und ein Beitritt zu plurilateralen Gruppen wie dem transpazifischen Partnerschaftsabkommen CPTPP sollte ohne Scheuklappen neu geprüft werden. Schliesslich sollte die Ausenwirtschaftsdiplomatie Initiativen ergreifen, um die Interessen all der Staaten zu bündeln, die am Erhalt der bisherigen regelgebundenen Handelsordnung interessiert sind.

■ **Zugang zum EU-Binnenmarkt sichern.** Mit der zumindest partiellen Deglobalisierung wird der Zugang zum EU-Binnenmarkt für die Schweizer Wirtschaft erst recht zentral. Deshalb gilt es jetzt, rasch Sicherheit zu schaffen und das neue Vertragspaket in Kraft zu setzen. Versucht werden sollte, die EU dazu zu bringen, Teile wie die Abkommen zur gegenseitigen technischen Anerkennung bereits davor zu aktualisieren.

■ **Marktzugang für Rüstungsindustrie erhalten.** Der Ukraine-Krieg hat in aller Deutlichkeit gezeigt, dass das rigide Kriegsmaterialgesetz Staaten daran hindert, in der Schweiz gekaufte Rüstungsgüter nach Bedarf einzusetzen. Trotz dem grossen Aufrüstungsbedarf vergeben des-

wegen europäische Staaten kaum mehr Aufträge in die Schweiz. Ohne Exportmöglichkeiten kann die Schweizer Rüstungsindustrie aber nicht überleben. Deshalb gehört das Kriegsmaterialgesetz rasch angepasst.

■ **Wandel mit Kurzarbeit erleichtern, Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig erhalten.** Kurzarbeit einführen, ohne dass die Betroffenen erhebliche Lohnneinbussen erleiden, erleichtert es den Firmen, sich an neue Verhältnisse anzupassen, ohne ihre Fachkräfte zu verlieren. Hingegen ist es kaum zielführend, diese für mehr als anderthalb Jahre an eine Firma zu binden, wenn es dieser nicht gelingt, sich umzuorientieren. Deswegen ist es vernünftig, die Kurzarbeit auf 18 Monate zu beschränken. Die Entschädigungsduer braucht nicht auf 24 Monate erhöht zu werden. Unabhängig davon sollte das veraltete Arbeitsgesetz modernisiert werden; Jahresarbeitszeiten sollten vereinfacht erlaubt werden. Zudem gilt es, Berufslehren nicht zu verbürokratisieren und Zulassungserfordernisse für die Ausübung von Berufen nicht unnötig zu erschweren. Auf weitere Zwangsmassnahmen wie die erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen ist aufzuheben.

oder Verschärfungen des Kündigungsschutzes ist zu verzichten.

■ **Innovationsklima verbessern.** Innovative Firmen brauchen keine Subventionen, aber eine gute Zusammenarbeit mit Hochschulen in der Forschung und Entwicklung. Zudem gilt es, die besten Fachkräfte und unternehmerischen Köpfe in der Schweiz zu halten. Deshalb sollte man Hochschulabgänger aus Drittländern einfach in der Schweiz arbeiten lassen und Startup-Gründern unbürokratisch Aufenthaltsbewilligungen erteilen.

■ **Verlässliche und günstige Stromversorgung sichern.** Ein gleichberechtigter Anschluss ans europäische Stromnetz, wie ihn das Stromabkommen mit der EU vorsieht, erhöht die Versorgungssicherheit. Die Stromnetze sollten schneller bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Netzkosten können gesenkt und Überlastungen vermieden werden durch nachfragegerechte Preisschwankungen – auch für kleine Solar- und Windenergieanlagen. Zudem müssen zur Stabilisierung Reservekapazitäten bereitstehen. Der Ausbau der Versorgung sollte technologienneutral erfolgen; das Verbot des Baus von Kernkraftwerken ist aufzuheben.

■ **Unternehmen von Bürokratie entlasten.** Verwaltungsprozesse sollten alle digitalisiert und verbindliche Fristen für Bewilligungen vorgegeben werden. Baubewilligungen dauern immer länger; sie müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Auf die Übernahme der EU-Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ist zu verzichten. Im November treffen sich die CEO von mittleren Unternehmen zu einer KMU-Parlamentssession. Ihre Vorschläge sollten ernst genommen werden. Avenir Suisse schlägt zudem die Einführung einer regelmässigen «Löswoche» vor, in der das Parlament überholte Vorschriften streichen soll. Die grösste und unmittelbarste Vereinfachung bleibt aber nach wie vor die Einführung eines Einheitssatzes bei der Mehrwertsteuer.

■ **Für Zentralen von international tätigen Firmen attraktiv bleiben.** Die Einführung der OECD-Mindeststeuer hat zu einer höheren Belastung von Unternehmen geführt. Viele Staaten ausserhalb Europas setzen sie nicht um. Deshalb sollte der Bund kritisch überprüfen, welche Folgen eine zumindest partielle Aussetzung hätte. Zusatzeinnahmen aus der geltenden Mindeststeuer sollten Bund und Kantone zur Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzen. Wichtig für den Standort Schweiz bleibt, dass er für internationale Kaderleute und ihre Familien attraktiv bleibt. Zudem sollte der Bund auf die Einführung eines Bewilligungsverfahrens für internationale Investitionen verzichten. Dieses verursacht unnötigen bürokratischen Aufwand und birgt die Gefahr von Retorsionsmassnahmen durch Drittstaaten. Und schliesslich dürfen die Lohnabgaben nicht noch weiter steigen. Dazu braucht es Finanzdisziplin im Staatshaushalt. Die vollständige Umsetzung des Ausgaben-Entlastungspakets wird dafür zum Test. Und Anreize für längeres Arbeiten sollten verhindern, dass die steigende Lebenserwartung die Finanzierung der Altersvorsorge und damit auch den Finanzhaushalt des Bundes noch stärker in Schieflage bringt.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist trotz allem internationalen Unbill nicht verloren. Es braucht keine grandiose Industriepolitik wie in Frankreich und auch keine hilflos teure Industriestrompreissubvention wie in Deutschland. Die Berner Politik hat genug Möglichkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern. Sie muss nur wollen. Einige wenige administrative Entlastungen allein werden es nicht richten. Es braucht ein breiteres Problembeusstsein.